

Artikel vom 09.02.2017

Mittelschule Nördlingen

## Hochinvestitionsphase in den Schulstandort Nördlingen!



**Die CSU-Nördlingen ist empört vom persönlichen und unsachlichen Angriff der PWG nach der Stadtratssitzung zur Mittelschule. Stadträtin Maximiliane Böckh habe hier nicht als Lehrerin, sondern als Rätin für ihre gesamte Fraktion gesprochen. Der Versuch, einzelne Räte durch derartige öffentliche Angriffe zu verunglimpfen, hat für die CSU mit seriöser und konstruktiver Stadtratsarbeit nichts zu tun. Von einer Schädigung des Schulstandortes zu sprechen, weil die Mittelschule derzeit nicht erweitert werden soll, ist geradezu absurd. Die PWG habe wohl vergessen, dass gerade die Mittelschule erst vor 3 Jahren für rund 8 Mio. € grundsaniert worden sei.**

Man befinde sich ganz im Gegenteil in einer Hochinvestitionsphase in den Schulstandort Nördlingen, der insbesondere von der CSU in Stadt und Kreis vorangetrieben werde. So fließen neben den bereits in die Mittelschule investierten 8 Mio. € knappe 7 Mio. € in das Berufsschulzentrum Nördlingen. Dies ist ein klares Bekenntnis zu den Ausbildungsberufen! In die Grundschule Baldingen wurden 1,6 Mio. € investiert, und auch der Anbau für die Grundschule Mitte für geschätzte 1,85 Mio. € wird von der CSU mitgetragen. Ganz zu schweigen vom THG, wo der Kreis unter Führung des CSU Landrats derzeit über 20 Mio. € investiert.

Dies ergibt Investitionen von fast 40 Mio. € in unsere Nördlinger Schulen. Angesichts dieser

Tatsachen von einer Schädigung des Schulstandortes durch die CSU oder Stadtteilliste zu sprechen, grenzt an Realitätsverlust und ist eine Rufschädigung für unsere Stadt! Gerade angesichts der Tatsache, dass die PWG derzeit den Oberbürgermeister stellt, sollte sie etwas zurückhaltender mit derartigen Attacken sein.

Die CSU-Stadtratsfraktion ist gegen die derzeitige Erweiterung der Mittelschule, weil erstens trotz Anregung durch die Regierung, am 2.3.2016, von der Schulleitung kein Konzept vorgelegt wurde, das den gesamten Schulverbund berücksichtigt.

Zweitens die Vollzugsrichtlinien seitens der Regierung überarbeitet werden, und die CSU nicht auf Basis einer Übergangsregelung über die Zukunft einer Schule entscheiden will.

Drittens der zusätzliche Raumbedarf aus der Einrichtung von Migrationsklassen und der Annahme resultiert, dass die Zahl der Migranten weiter zunimmt. Diese Zahlen sind nicht prognostizierbar und nehmen momentan ab. Sollten sie wieder ansteigen und eine Teilung von Klassen notwendig sein, halten wir ein kurzfristiges Ausweichen nach Deiningen für zumutbar. Dies steht aktuell nicht zur Debatte.

Viertens halten wir eine durchschnittliche Klassengröße von derzeit ca. 19 Schülern für angemessen und sehen keinen dringenden Handlungsbedarf die Klassengrößen weiter zu reduzieren und für über 2,4 Mio. € weitere Räume zu schaffen.

Sollte sich die Situation zukünftig tatsächlich verschärfen und eine fundierte Entscheidungsgrundlage vorliegen, werden wir positiv darüber entscheiden. Aktuell liegt der Handlungsschwerpunkt aber bei der Grundschule Mitte.